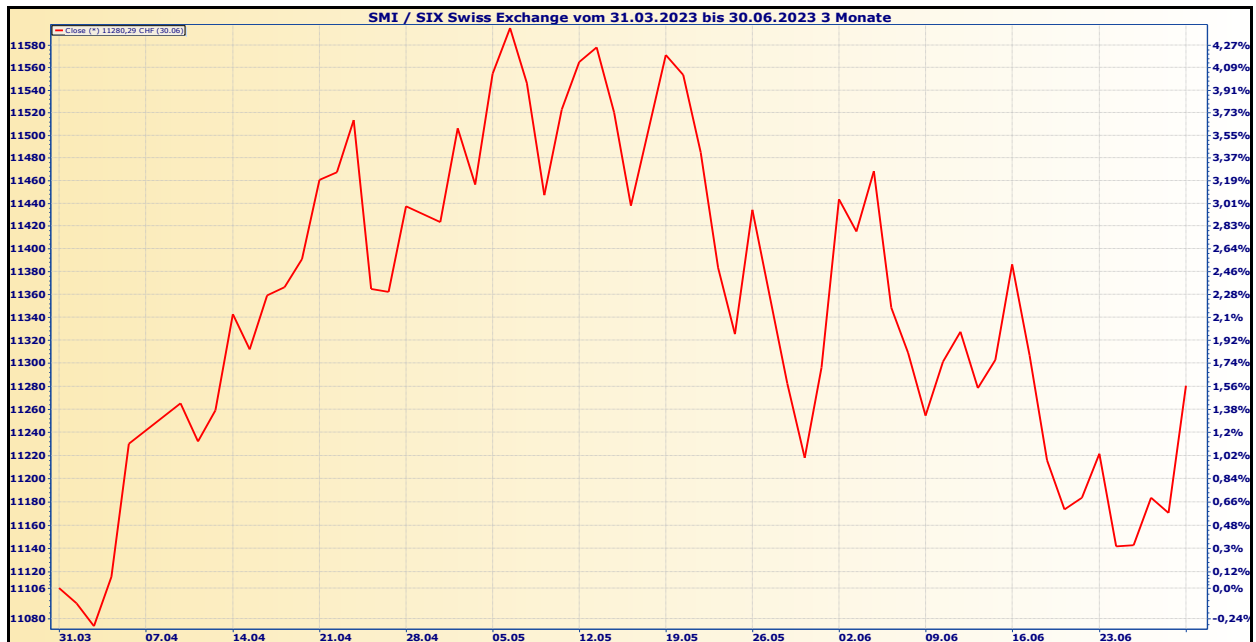




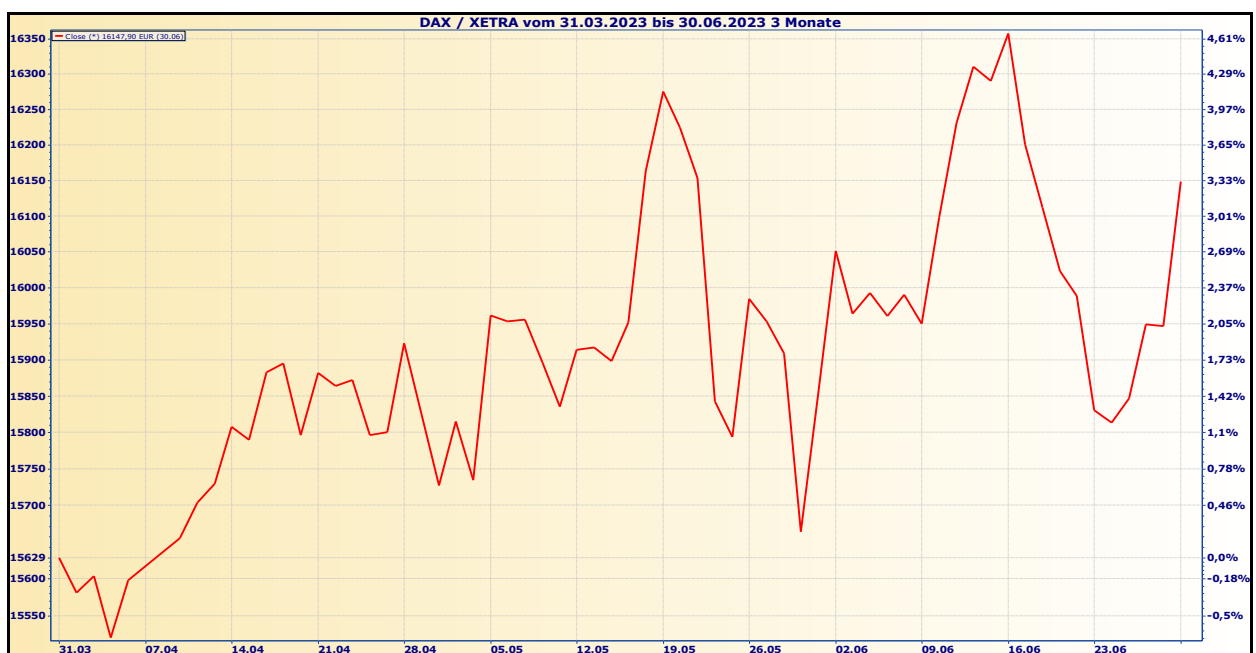
Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für den für die beiden *Schmitz & Partner* Fonds so wichtigen **Aktienmarkt** in der Schweiz gab es im **zweiten Quartal** erneut einen leichten Anstieg. Der *SMI* stieg in den letzten drei Monaten minimal um ein gutes Prozent von rund 11.100 Punkte auf knapp 11.300 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Und auch der Deutsche Aktienindex *DAX* konnte zulegen. Er kletterte im zweiten Quartal um rund drei Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Damit befindet sich der DAX an seinem 35jährigen Geburtstag nahezu auf seinem Allzeithoch, und das trotz Inflationsängsten, Kriegssorgen und steigenden Zinsen:



Quelle: Handelsblatt vom 11. April 2023, Seite 16

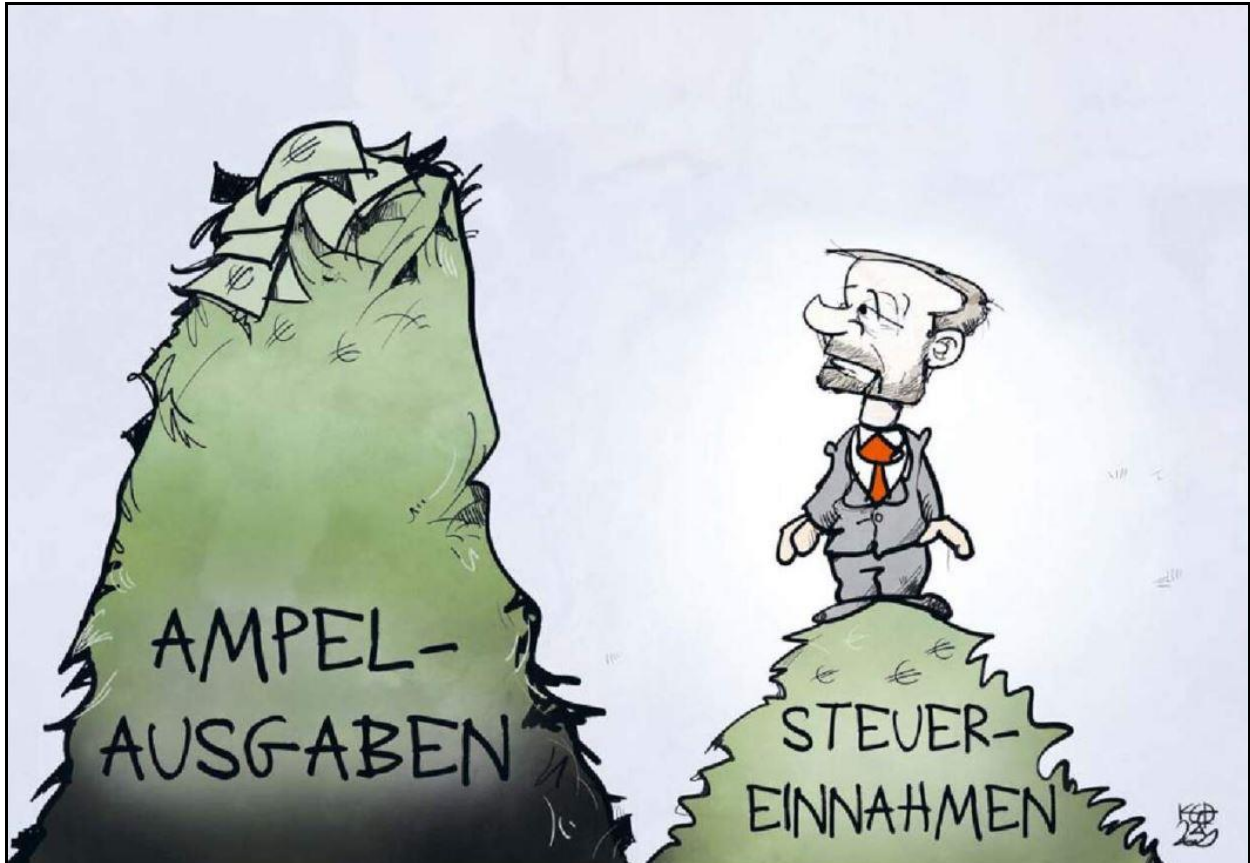
Für den breiten US-Aktienmarkt in Form des S & P 500 gab es in den ersten sechs Monaten des Jahres einen ähnlichen Gewinn von rund 15 Prozent wie beim Deutschen Aktienindex DAX. Und genau wie in Deutschland basiert der Indexanstieg in den USA auf nur wenigen Aktien, konkret auf acht großen Wachstumsaktien. Betrachtet man die restlichen 492 Aktien im S & P 500, ergibt sich für das erste Halbjahr 2023 mehr oder weniger ein Nullergebnis.¹

Am Schweizer **Rentenmarkt** fiel die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen wieder von 1,3 Prozent auf 1,0 Prozent. Im Gegensatz dazu stiegen am Rentenmarkt in Deutschland die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen leicht von 2,3 Prozent auf 2,4 Prozent.

Am **Devisenmarkt** setzten sich der Anstieg des Schweizer Franken und damit der Kursverfall des Euro im zweiten Quartal weiter fort. Der Euro fiel von Kursen von 1 : 1 um weitere zwei Prozent auf 0,98 gegenüber dem Franken. Da wir von *Schmitz & Partner* von einer Fortsetzung der Euroschwäche ausgehen, ist der Euroanteil in beiden Fonds bewusst nur sehr gering. Im *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds liegt er zur Jahresmitte bei 17 Prozent, im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds sogar unter zehn Prozent. Hingegen ist in beiden Fonds der Schweizer Franken als größter Währungsanteil vertreten.

¹ Vgl. *FINANZWOCHE* vom 29. Juni 2023, Seite 13.

In Deutschland gibt es seit Jahren einen großen Unterschied zwischen den jährlichen Steuereinnahmen des Staates und seinen Ausgaben. Obwohl die Steuereinnahmen seit Jahrzehnten ständig steigen und inzwischen auf dem höchsten Niveau seit dem Bestehen der Bundesrepublik liegen, wachsen die Staatsausgaben immer noch schneller:



Quelle: *Handelsblatt* vom 15. Mai 2023, Seite 16

Im Jahr 2024 werden die **Steuereinnahmen** von Bund, Ländern und Gemeinden voraussichtlich erstmals die magische Grenze **von einer Billion Euro** übersteigen. Die *WirtschaftsWoche* fragt auf ihrer Titelseite kritisch: „Reicht das nicht?“²

Das *Handelsblatt* hat die Ausgaben im Blick und ergänzt: „Wo soll all das Geld herkommen?“ Die Zeitung zählt irritiert die größten Staatsausgaben auf. „Auf den ‚Wumms‘ in der Coronapandemie folgte der ‚Doppel-Wumms‘ in der Energiekrise.“ Und weiter: „Zwölf Milliarden Euro für die Kindergrundsicherung, 30 Milliarden Euro für einen Industriestrompreis bis 2030, zehn Milliarden Euro Hilfen für Hauseigentümer bei der Wärmewende und noch einige Milliarden für die Länder in der Flüchtlingskrise.“³

Eine Lösungsalternative für das Ungleichgewicht zwischen Staatsausgaben und Steuereinnahmen wäre natürlich eine Verringerung der Ausgaben, also **Sparen**. Aber

² *WirtschaftsWoche* vom 28. April 2023. Die Titelseite „Das Geld ist nicht genug“ auf den Seiten 14 - 23 zieht das Fazit: „Die Einnahmen des Staates steigen, doch noch schneller wachsen die Wünsche von Politik und Verbänden.“ (Seite 15) Das Magazin zeigt auf, wo die entscheidenden Probleme lauern: „Eines der größten Risiken für die öffentlichen Haushalte liegt in den wachsenden Sozialtats. Die Ausgaben für Sozialversicherungen, Arbeitslosenunterstützung, Renten und das Gesundheitswesen dürften sich für das Jahr 2023 auf 476 Milliarden Euro summieren.“ (Seite 18)

³ *Handelsblatt* vom 15. Mai 2023, Seite 16.

den Rotstift im Bundeshaushalt anzusetzen, gelingt auch Bundeskanzler *Olaf Scholz* und Finanzminister *Christian Lindner* nicht:



Quelle: *Handelsblatt* vom 22. Juni 2023, Seite 12

Insbesondere beim mit Abstand größten Haushaltsposten, dem Etat für Arbeit und Soziales, der inzwischen weit mehr als ein Drittel des gesamten Bundeshaushaltes ausmacht, würde sich rein mathematisch eine Verringerung der Ausgaben besonders positiv auf den Haushalt auswirken. Stattdessen steigt dieser Haushaltsposten gegen den Trend um 5,5 Milliarden Euro.

Das sich wiederholende Gerede der Politiker, sie würden sparen, ist grober Unfug. Das Gegenteil ist richtig. „Es wird jede Menge Geld ausgegeben. Gespart wird nirgends. **Das Narrativ von der Sparpolitik, es ist ein Märchen.**“⁴ Im Vergleich zu dem letzten Vor-Corona-Haushalt 2019 will die Ampel in Berlin ganze 66,6 Milliarden Euro mehr ausgeben. Und um dabei die Schuldenbremse einhalten zu können, „verfrühstückt sie Dutzende Milliarden Euro aus Rücklagen und Schattenhaushalten.“⁵

Jetzt könnte man meinen, bei den hohen Staatsausgaben müsste es um Deutschland doch gut bestellt sein. Doch weit gefehlt! **„Deutschland lebt seit Jahren von seiner Substanz“** titelt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und schreibt: „Im Vergleich mit vielen anderen entwickelten Volkswirtschaften hat Deutschlands Kapitalstock in den

⁴ *Handelsblatt* vom 22. Juni 2023, Seite 12. *DER SPIEGEL* weist auf erneut höhere Ausgaben für das Jahr 2024 als in der bisherigen Finanzplanung vorgesehen in zehn von 16 Ministerien hin und ergänzt in seiner Ausgabe vom 24. Juni 2023 auf Seite 62: „Insgesamt liegen die zusätzlichen Ausgaben mehr als acht Milliarden Euro über den bisherigen Planzahlen. Tatsächlich spart die Regierung also nicht.“

⁵ *Handelsblatt* vom 22. Juni 2023, Seite 12. Und nicht nur der Bund, auch die Bundesländer hebeln die Schuldenbremse immer stärker aus. Vgl. hierzu den Artikel „Schulden durch die Hintertür“ im *Handelsblatt* vom 3. Mai 2023 auf Seite 7.

vergangenen 20 Jahren erheblich an Qualität eingebüßt.“⁶ Insbesondere die Vernachlässigung von Schulen, von Autobahnbrücken oder der Bahninfrastruktur ist für jeden Bürger im Alltag deutlich sichtbar. *Daniel Stelter* schreibt dazu: „Mittlerweise sind hiesige Maschinen und Anlagen sowie die Infrastruktur älter als in Frankreich und in Italien. In keinem anderen der in der Studie betrachteten Länder ist der Kapitalstock in den letzten Jahrzehnten so gealtert.“⁷

Eine der Konsequenzen aus dieser Fehlleistung der Politik ist **der permanente Abstieg Deutschlands als Wirtschaftsstandort**. Seit 35 Jahren veröffentlicht das *IMD World Competitiveness Center* eine Rangliste der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt. Nach den jüngsten Erhebungen der Ökonomen ist Deutschland unter den 64 verglichenen Ländern um sieben Plätze auf Rang 22 zurückgefallen.⁸

Insbesondere die Basisinfrastruktur ist in Deutschland deutlich schlechter geworden. Hier ist das Land von Platz 24 auf Rang 34 abgerutscht. Aber es geht noch schlimmer: „Wenn es um die Gefahr der Verlagerung von Firmen geht, ist Deutschland an unrühmlicher 61. Stelle von 64. Das ist ein Alarmsignal, das der deutschen Politik zu denken geben sollte.“⁹ Das *Handelsblatt* zitiert in seinem Artikel „Investoren auf der Flucht“ Professor *Justus Haucap*: „Ich fürchte für den Standort ähnliche Entwicklungen wie bei der Fußballnationalmannschaft, wo man auch seit fast zehn Jahren den Ernst der Lage verkennt und sich die fortwährenden Desaster schönredet.“¹⁰

Nach so vielen negativen Bestandsaufnahmen gibt es aber auch Bereiche, in denen Deutschland an der Spitze zu finden ist: **Deutschland ist „Vizeweltmeister bei Steuern und Abgaben“**.¹¹

⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Mai 2023, Seite 15. Zum Kapitalstock eines Landes gehören zum Beispiel Fabrikgebäude, Maschinen, Straßen und Schulen sowie auch geistiges Eigentum aus den Bereichen Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken.

⁷ *Handelsblatt* vom 26. Juni 2023, Seite 9.

⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Juni 2023, Seite 16. Deutschland ist im Standortwettbewerb inzwischen sogar schlechter platziert als Saudi-Arabien (Platz 17) oder China (Platz 21). Für die Ermittlung der Rangliste erheben die Ökonomen insgesamt 164 Einzelindikatoren aus den vier Hauptfeldern Wirtschaftsleistung, Infrastruktur sowie die Effizienz der Regierung und der Unternehmen. Das ganz eng beieinander liegende Spitzentrio besteht aus den Ländern Dänemark, Irland und der Schweiz.

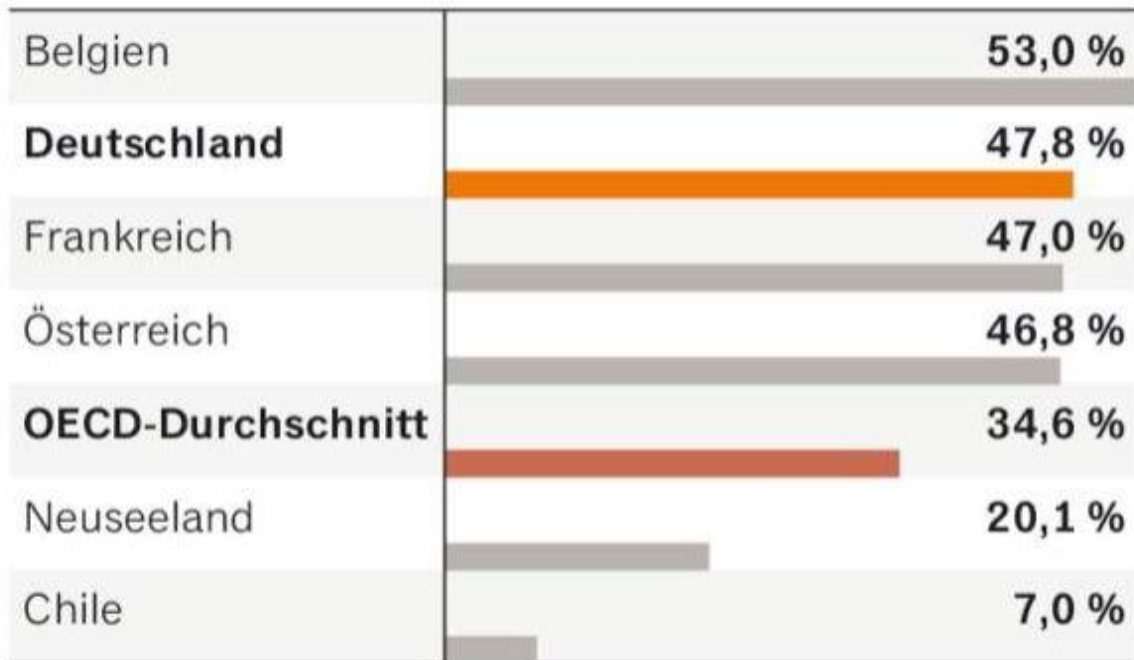
⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Juni 2023, Seite 25. Und mit den Unternehmen verlassen auch gut ausgebildete Fachkräfte und Leistungsträger das einstige Wirtschaftswunderland Deutschland. Diese „Abstimmung mit den Füßen“ scheint für die deutschen Politiker jedoch nicht von Bedeutung zu sein. Gewohnt pointiert äußert sich *Bruno Bandulet*: „Ich befürchte, dass dieser Trend den linken Parteien ziemlich egal ist. – denn je mehr Leistungsträger weg sind, umso mehr Leute bleiben übrig, die diese Parteien wählen.“ Das Zitat entstammt aus einem Interview mit dem *Smart Investor*, Juli 2023, Seite 58 - 61, hier Seite 61.

¹⁰ *Handelsblatt* vom 28. Juni 2023, Seite 4 - 5, hier Seite 4. Haucap ist seit dem Jahr 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

¹¹ *Handelsblatt* vom 26. April 2023, Seite 11.

Hohe Abgabenlast in Deutschland

Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben für den durchschnittlichen Arbeitnehmer 2022 in ausgewählten OECD-Ländern in Prozent der Arbeitskosten



HANDELSBLATT

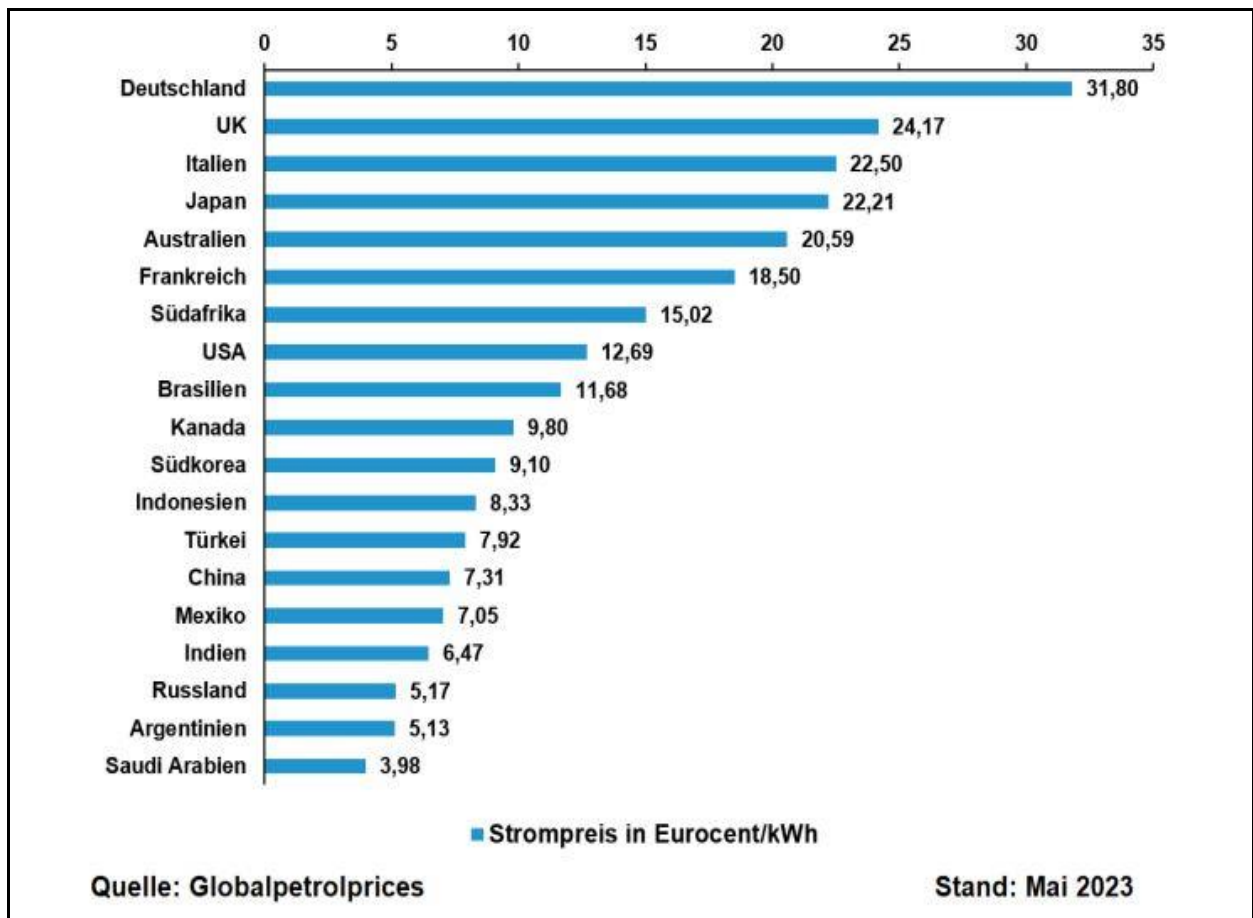
Quelle: OECD

Quelle: Handelsblatt vom 26. April 2023, Seite 11

Nur in Belgien muss ein Durchschnittsverdiener noch höhere Steuern und Abgaben zahlen als in Deutschland. Trotzdem werden in Deutschland – insbesondere von linken Politikern – verstärkt Stimmen laut, dass die größer werdende Differenz zwischen Staatsausgaben und Steuereinnahmen statt durch konsequentes Sparen nur durch weitere Steuern bzw. Steuererhöhungen abgemildert werden kann. Die theoretisch und praktisch fundierten Erkenntnisse der sogenannten Laffer-Kurve werden dabei geflissentlich ignoriert.¹²

¹² Die Laffer-Kurve ist nach Professor *Arthur Laffer* benannt, einem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, der der Legende nach den grafischen Zusammenhang zwischen dem Steueraufkommen des Staates und der Höhe der Steuersätze bei einem Abendessen mit dem damaligen amerikanischen Präsidenten *Ronald Reagan* auf eine Papierserviette gezeichnet hat. Eine der wichtigsten Überlegungen bei der Laffer-Kurve ist die Tatsache, dass ab einem bestimmten Steuersatz bei jeder weiteren Erhöhung der Steuern das Steueraufkommen des Staates sinkt und nicht steigt! Vgl. hierzu ausführlich die grafischen und inhaltlichen Erläuterungen im Quartalsbericht zum 4. Quartal 2022. Nachzulesen auch unter www.schmitzundpartner.ch, Mediathek, Publikationen, Investmentfonds-Bericht 2023, Seite 29 - 32.

Aber Deutschland ist nicht nur Vizeweltmeister, Deutschland ist sogar Weltmeister!
Kein Land hat so hohe Stromkosten wie Deutschland:



Quelle: *FINANZWOCH*E vom 4. Mai 2023, Seite 11

Nach Angaben des Vergleichsportals *Verifox* ist der Strom in Deutschland mit 31,8 Cents je Kilowattstunde 2,7-mal teurer als im internationalen Durchschnitt.¹³ Aber wer wie die deutschen Politiker gleichzeitig aus der Atomkraft und der Kohlekraft aussteigt und meint, nur mit erneuerbaren Energien den wachsenden Strombedarf in Deutschland decken zu können, darf sich über solche Resultate nicht wundern.

Bruno Bandulet sagt dazu: „In Deutschland betreibt eine grün dominierte Bundesregierung unter dem Vorwand des Klimawandels eine desaströse Energiepolitik. Die Zerstörung der deutschen Industrie, der wir unseren Wohlstand verdanken, hat begonnen.“¹⁴

Die *Neue Zürcher Zeitung* wagt schon einen Blick in die Zukunft für den Hauptverantwortlichen der deutschen Energiepolitik, den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz *Robert Habeck*:

¹³ Vgl. *FINANZWOCH*E vom 4. Mai 2023, Seite 9.

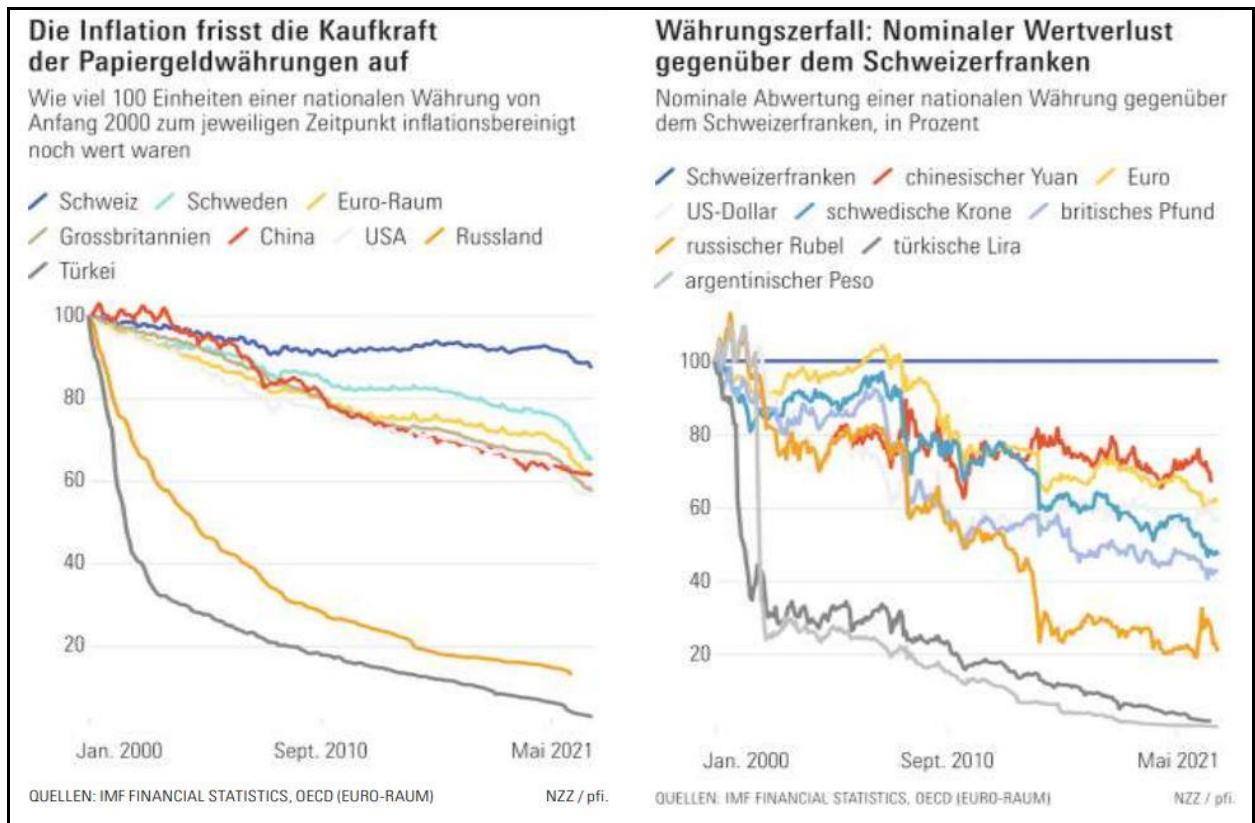
¹⁴ *Bruno Bandulet* im Interview „Eine Mischung aus Inkompetenz und Ideologie“ mit dem *Smart Investor*, Juli 2023, Seite 58 - 61, hier Seite 58.



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Mai 2023, Seite 19

Wenn man sich diese von der Politik verursachten Entwicklungen in Deutschland über die letzten Jahre anschaut, dann ist es kein Wunder, dass auch die Gemeinschaftswährung **Euro** seit ihrem Bestehen nur eine Richtung kennt: abwärts!

In der linken Hälfte der folgenden Grafik erkennt man den Wertverfall einzelner Währungen seit dem Jahr 2000:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Mai 2023, Seite 7

Natürlich gibt es Währungen, deren Kaufkraft in den letzten rund zwanzig Jahren im Vergleich zum Euro noch mehr verloren gegangen ist, wie zum Beispiel der russische Rubel (gelborange Linie) oder die türkische Lira (lilafarbene Linie), die beide durch falsche politische Entscheidungen (zu starke Ausweitung der Geldmenge = Gelddrucken) ihre Währung nahezu wertlos gemacht haben.

Mit einer Kaufkraft von rund 60 Prozent ihres Wertes aus dem Jahr 2000 stehen Währungen wie die schwedische Krone (hellblau), der chinesische Renminbi (rot), der Euro (gelb), das britische Pfund (oliv) oder der US-Dollar (grau) im Mittelfeld. Mit Abstand aber am besten die Kaufkraft erhalten hat jedoch der **Schweizer Franken** (dunkelblaue Linie), der noch knapp 90 Prozent seiner damaligen Kaufkraft besitzt.

In der rechten Hälfte der obigen Grafik ist der Wertverlust verschiedener Währungen gegenüber der einzigen stabilen Währung der Welt, dem Schweizer Franken, dargestellt: Im Vergleich zum Schweizer Franken (dunkelblaue Linie) verlieren alle anderen Währungen zum Teil massiv an Wert. Was ist die Erkenntnis aus diesen beiden Schaubildern? „**Die Schweiz ist dabei das Land mit dem stabilsten Geldwert.**“¹⁵

In einem anderen Artikel mit dem Titel „**Der Franken ist ein Fels in der Brandung**“ schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*: „Der Franken bleibt stark“¹⁶ und zitiert eine Studie vom Bankhaus Vontobel, nach der der Schweizer Franken aktuell sogar bei 0,90 Franken gegenüber dem Euro stehen müsste. Das heißt, der Euro ist nach der Kaufkraftparität immer noch überbewertet und der Schweizer Franken im Umkehrschluss unterbewertet.

Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung der letzten zwanzig Jahre? Zwei Gründe stehen dabei im Vordergrund. Zum einen war in der Vergangenheit die Voraussetzung für eine stabile Währung immer die **Unabhängigkeit der jeweiligen Notenbank**. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfüllten nur zwei Länder diese Bedingung: die Deutsche Bundesbank und die Schweizerische Nationalbank. Die Deutsche Bundesbank ist auf Druck verschiedener europäischer Staaten im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung in eine von der Politik nur noch scheinbar unabhängige Europäische Zentralbank übergegangen. Und diese Europäische Zentralbank ist an allem Möglichen interessiert, nur nicht an einem stabilen Euro.

Und die zweite Voraussetzung für eine Währung mit geringen Kaufkraftverlusten ist eine **niedrige Inflationsrate**. In der Schweiz liegt die aktuelle Inflationsrate lediglich bei 1,7 Prozent.¹⁷ In Deutschland beträgt der Kaufkraftschwund im Juni hingegen 6,4 Prozent¹⁸ und unterscheidet sich damit kaum von der Inflationsrate im gesamten Euroraum.

¹⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Mai 2022, Seite 7. Der Artikel „Was, wenn das Geld zerrinnt?“ kritisiert dabei die unter dem fatalen Einfluss der Politik stehenden internationalen Notenbanken und schreibt: „Das Stabilitätsversprechen der Notenbanken ist somit über den etwas längeren Zeitraum hinaus praktisch überall ein unechtes. Ihre Definitionen von Preisstabilität führen dazu, dass Geld im Trend an Wert verliert – bei manchen schneller als bei anderen. Mit Inflationsraten von zeitweise um die 10 Prozent war dies im vergangenen Jahr auch im Euro-Raum und in den USA gefährlich schnell der Fall.“

¹⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Juli 2023, Seite 25.

¹⁷ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Juli 2023, Seite 23. Die Zahlen gelten für Juni.

¹⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Juni 2023, Seite 19. Die gefühlte Inflationsrate in Deutschland lag mit 18 Prozent sogar fast dreimal so hoch wie die offiziell erfasste Rate. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Juni 2023, Seite 17.

Warum sind die Inflationsraten im Euroraum so signifikant höher als in der Schweiz? Weil die Europäische Zentralbank auf Druck der Politiker die Geldmenge im Euroland in den letzten Jahren viel stärker ausgedehnt hat als die Wirtschaft gewachsen ist (= Gelddrucken im Übermaß). Und in den unterschiedlichen Wachstumsraten von Geldmenge und Bruttoinlandsprodukte zeigt sich die Inflation – das Geld im Euroraum ist durch die Überproduktion weniger wert. Die Schweiz und ihre von der Politik unabhängige Schweizerische Nationalbank haben diesen Fehler des starken Gelddruckens nicht gemacht.

Die Ursache der Inflation ist entgegen dem substanzlosen Geschwätz einiger Politiker nicht die „Gierflation“. Die Unternehmen haben eben nicht ihre Verkaufspreise stärker erhöht als ihre Einkaufspreise gestiegen sind, um damit die Gewinnmargen zu erhöhen. Das kann man an den konstanten, in vielen Fällen sogar gesunkenen Margen der Firmen ablesen.¹⁹ Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt treffend: „Das Gerede von der ‚Gierflation‘ ist damit ein Ablenkungsmanöver. Es verschleiert den wahren Grund für die gegenwärtige Inflation: Es ist weltweit nach wie vor sehr viel Geld im Umlauf.“ Und weiter: „Das viele Geld kommt von den Notenbanken, die die Geldschleusen zu lange zu weit offen gehalten haben. Es kommt auch von den Politikern, die beim Geldausgeben keine Grenzen kennen.“²⁰

Anstatt die Staatsausgaben durch echtes Sparen zu reduzieren und damit indirekt auch die Inflation zu bekämpfen, gehen Politiker lieber den leichteren Weg, und verringern die überbordende Inflation durch statistische Tricks. So wird den Bürgern in Deutschland durch die **Neuberechnung der Inflationsraten** kräftig Sand in die Augen gestreut. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat im Februar 2023 den Verbraucherpreisindex, mit dem die Preisentwicklung in Deutschland verfolgt wird, einer Revision unterzogen und ihn auf ein neues Basisjahr umgerechnet. Diesmal wurde das Basisjahr von 2015 auf das Jahr 2020 verlegt. Dieses Basisjahr entscheidet darüber, mit welchem Gewicht die Preise verschiedener Waren und Dienstleistungen in den Warenkorb einfließen, aus dem die Inflationsrate berechnet wird. Das hat zur Konsequenz, dass die monatlichen Inflationsraten deutlich nach unten korrigiert worden sind, in der Spitze bis zu zwei Prozentpunkten.²¹

In den USA deckt die statistischen Täuschungsmanöver der Politik dankenswerterweise seit vielen Jahren der Ökonom *Walter J. Williams* auf:

¹⁹ Vgl. hierzu die Analyse „An der Inflation ist nicht ‚Profitgier‘ der Firmen schuld“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 9. Mai 2023 auf Seite 21. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt die Studie „Der Mythos von der Gierflation“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. Juni 2023, Seite 16.

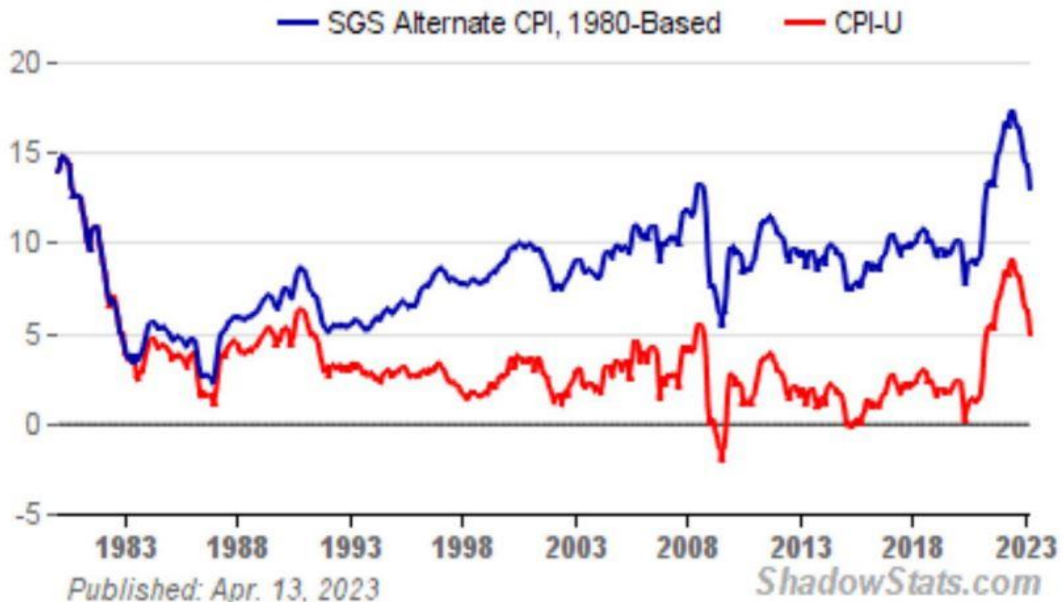
²⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. Mai 2023, Seite 19.

²¹ Vgl. hierzu ausführlich die inhaltlichen und grafischen Darstellungen im letzten Quartalsbericht. Nachzulesen auch unter www.schmitzundpartner.ch, Mediathek, Publikationen, 04/2023: Quartalsbericht, Seite 8 - 9.

Alternative Inflation: Historische Berechnung.

Consumer Inflation - Official vs ShadowStats (1980-Based) Alternate

Year to Year Change. Through Mar. 2023



Quelle: *FINANZWOCH*E vom 20. April 2023, Seite 9

In der obigen Grafik zeigt die rote Kurve den Verlauf der offiziellen Inflationsraten in den USA der letzten rund 40 Jahre auf. In dieser Zeit sind die statistischen Berechnungsmethoden allerdings mehrfach geändert worden. Wenn man jetzt so tun würde, als wären diese Veränderungen nicht erfolgt, so erhält man die „tatsächliche“ Inflation in Form der blauen Linie. Mit anderen Worten: Liefere die Berechnung noch genauso wie zu Beginn der Datenerhebung im Jahr 1980, dann läge die ausgewiesene Inflation bei knapp 13 Prozent. Und dass die blaue Kurve deutlich oberhalb der („manipulierten“) roten Kurve verläuft, darf den kritischen Leser jetzt nicht wirklich verwundern.²²

Statt sich solcher statistischen Tricks zu bedienen und den Bürgern ein besseres Bild vorzuspiegeln als es die Wirklichkeit hergibt, sollten die Politiker lieber ihren unheilbringenden Einfluss auf die Notenbanken reduzieren. Diese Auffassung vertritt beispielsweise Professor *Otmar Issing* in einem Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Ich sehe mit großer Sorge die zunehmende Politisierung der EZB.“²³

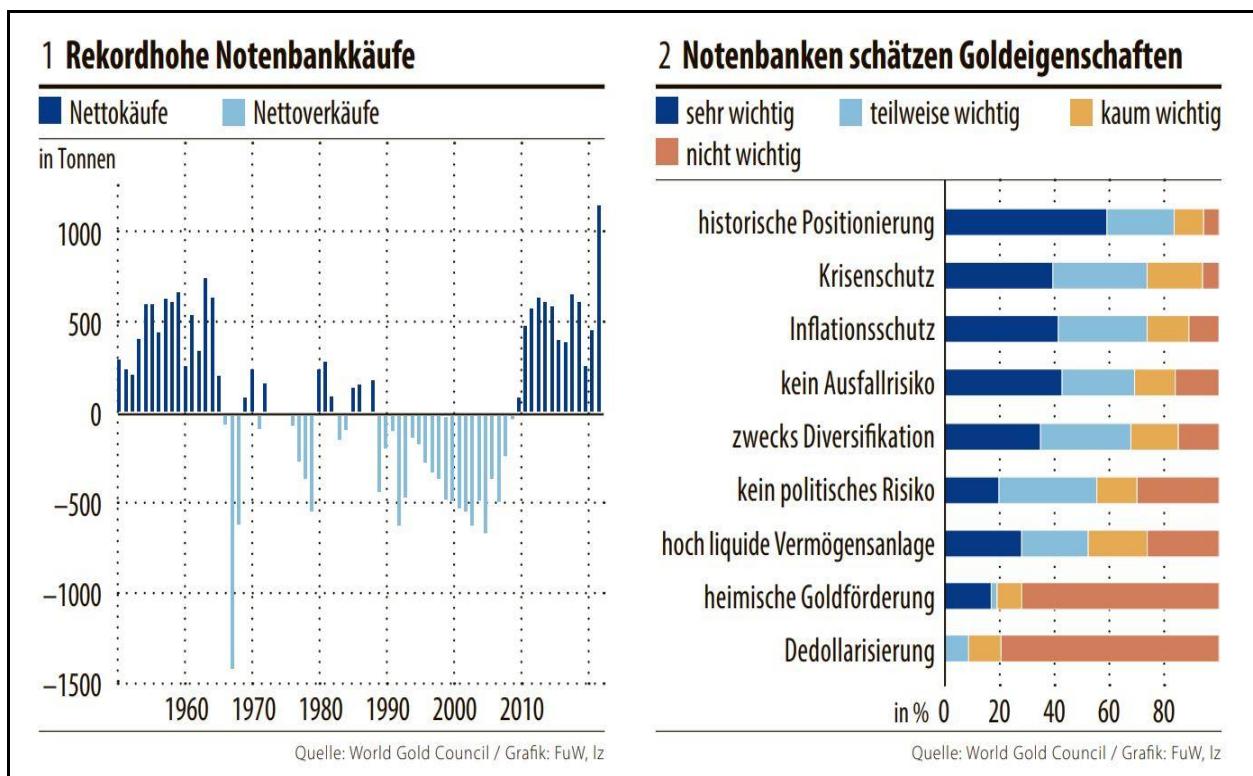
²² Vgl. www.ShadowStats.com.

²³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Mai 2023, Seite 24 - 25, hier Seite 24. Er führt weiter aus: „Die EZB hat ... für den Zusammenhalt der Währungsunion Verantwortung übernommen, obwohl dies nicht ihre Aufgabe, sondern eine politische sein sollte.“ Und weiter: „Und Notenbanken politisieren sich auch, indem sie sich Verantwortung für Klimawandel oder Verteilungsfragen zuschreiben, die der Politik vorbehalten bleiben sollten.“ (beide Zitate von Seite 24) Er mahnt die Politik mit den Worten: „Ohne echten Sinneswandel in der Finanzpolitik steuert man längerfristig auf einen Schuldenschnitt zu.“ (Seite 25) Issing prägte von 1998 bis 2006 als erster Chefökonom die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank entscheidend mit.

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt Professor *Axel Weber* in einem Gespräch mit der Zeitschrift *Institutional Money*, in dem er von „den blinden Flecken der Politik von EZB und Fed“ spricht. Oder auch *Daniel Stelter* ist seiner Analyse „Die Notenbanken haben Mitschuld an der Inflation“ im *Handelsblatt* vom 17. April 2023 auf Seite 11. Sowie Professor *Jürgen Stark* in seinem Aufsatz „Gesteht eure Fehler endlich ein, liebe Zentralbanker!“ in der *WirtschaftsWoche* vom 26. Mai 2023, Seite 39.

Kurzfristig können Sparer und Anleger die Politik und die durch sie hervorgerufene hohe Inflation nicht ändern (langfristig durch ihr Wahlverhalten jedoch sehr wohl!). Aber Investoren können sich jetzt Gedanken machen, wie sie ihr Kapital vor anhaltenden Kaufkraftverlusten bewahren können. In dem *Handelsblatt*-Artikel „Wie Anleger sich vor Inflation schützen“ wird der Chefvolkswirt der Dekabank, *Ulrich Kater*, zitiert, der **Aktien als ein Gegenmittel gegen langfristigen Kaufkraftschwund** sieht. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt der Leiter Kapitalmarktstrategie beim US-Fondsanbieter Blackrock, *Martin Lück*: „Generell sind Aktien in Zeiten erhöhter Inflation eine geeignete Anlageklasse.“²⁴

Das gleiche gilt nicht nur für Aktien, sondern auch für **Gold**. Auf der linken Hälfte der unteren Grafik erkennt man an den dunkelblauen Balken die Höhe der Nettokäufe der internationalen Notenbanken in den letzten über 70 Jahren:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 19. April 2023, Seite 17

Noch nie lagen die Goldkäufe der Zentralbanken auf einem derart hohen Niveau. Allein im Jahr 2022 haben die Notenbanken insgesamt 1.136 Tonnen Gold erworben. Die *Finanz und Wirtschaft* schreibt dazu: „Gold gilt in Phasen von Stress an den Finanzmärkten sowie geopolitischer und wirtschaftlicher Turbulenzen als sicherer Hafen oder als unpolitische Vermögensanlage ohne Ausfallrisiko.“²⁵

Für *Heinz-Werner Rapp* gehört Gold noch aus einem anderen Grund zu einer notwendigen Anlage. Man müsse sich langfristig auf politische Eingriffe vorbereiten: „Sondersteuern und Zwangsabgaben würden im Ernstfall wieder diskutiert werden.“

²⁴ Beide Zitate entstammen dem Artikel „Wie Anleger sich vor Inflation schützen“ aus dem *Handelsblatt* vom 9. - 11. Juni 2023, Seite 50 - 51, hier Seite 50.

²⁵ *Finanz und Wirtschaft* vom 19. April 2023, Seite 17.

Unter diesen Vorzeichen seien Sachwerte die beste Antwort. „Ich zähle Gold ausdrücklich dazu, aber auch Aktien.“²⁶

Wir von *Schmitz & Partner* halten eine Investition in Gold – und zusätzlich auch in Silber – weiterhin für sehr sinnvoll. Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds hält aus diesem Grund aktuell rund ein Viertel seines Fondsvermögens in den beiden Edelmetallen.

Sollte es an der Börse (egal ob bei Gold oder bei Aktien) zwischendurch auch mal wieder abwärts gehen, dann lohnt es sich, abzuwarten und Tee zu trinken – der nächste Börsenaufschwung lässt nicht lange auf sich warten:



Quelle: *Handelsblatt* vom 17. Mai 2023, Seite 14

Eine aktuelle **Fondsanalyse** aus dem Anlegermagazin *Smart Investor* vom Juli 2023 über den *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds haben wir diesem Quartalsbericht als Anlage beigefügt. Besonders erfreulich ist der Satz: „Auf Jahressicht zählt der SPGO in der Morningstar-Kategorie ‚Mischfonds Flexibel – Global‘ mit 12,2 % zu den performancestärksten 5 % in der Vergleichsgruppe mit 1.311 Mitbewerbern.“ Oder anders formuliert: Mindestens 95 Prozent aller anderen Fonds aus diesem Bereich waren schlechter als der *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds. Viel Spaß bei der Lektüre!

²⁶ Beide Zitate stammen aus dem *Handelsblatt* vom 9. Mai 2023, Seite 36. Rapp ist Vorstand der Feri-Gruppe in Bad Homburg. Rapp leitet zudem das von ihm gegründete Feri Cognitive Finance Institute.